
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 13 (1985)

DOI: 10.11588/fr.1985.0.52565

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Leonidas E. HILL (Hg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1900–1932*, Berlin (Propyläen) 1981, 656 S.;
 Leonidas E. HILL (Hg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Berlin (Propyläen) 1974, 686 S.;
 Rainer A. BLASIUS, *Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr.
 von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39*, Köln/Wien
 (Böhlau) 1981, VIII–187 S.

Mit der Edition der Weizsäcker-Papiere hat es seine eigene Bewandnis. Ernst v. W. (1882–1951) war von 1938–1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt und wurde als prominentester Angeklagter im sog. Wilhelmstraßen-Prozeß von einem US-Militärgericht 1949 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, im Oktober 1950 aber bereits entlassen. Der Entschluß der Familie, seine Papiere – Tagebücher, Familienbriefe, Denkschriften – durch den kanadischen Historiker Leonidas E. Hill zu veröffentlichen, ist von dem legitimen Bestreben geleitet, das kontroverse Bild der Persönlichkeit und Politik W.s durch die Vorlage dieser Quellen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Der Herausgeber hat neben einer informativen biographischen Einleitung einen umfangreichen, sorgfältig gearbeiteten Anmerkungssteil hinzugefügt. Man kann nicht sagen, daß die Auswahl der Quellen einseitig, nur zum Zwecke durchsichtiger Rechtfertigungsbemühungen erfolgt wäre. Stärken und Schwächen des Mannes treten klar zutage.

Da W.s Tätigkeit nach 1933 zweifellos das größere Interesse beanspruchen darf, ist der zweite Teil der Papiere zuerst, bereits 1974, veröffentlicht worden. Der wichtigste Abschnitt seines Lebens umfaßt die Jahre 1938/39. In den Papieren ist dieser Zeitraum nur relativ knapp vertreten und Tagebucheinträge haben mitunter eine bewußt verschleiende Tendenz, da W. sie so abfaßte, daß sie auch in die »unrichtigen deutschen Hände« gelangen konnten.

Diesem Kapitel seines Lebens widmet sich ausschließlich die Arbeit von Rainer A. Blasius, deren Titel genau die Intentionen des Staatssekretärs wiedergibt: »Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg«. Diese Studie erscheint durchaus geeignet, Klarheit über seine Politik der Kriegsverhinderung 1938/39 zu schaffen, die schließlich scheiterte. Was 1938 mit der Konferenz von München, an deren Zustandekommen W. durch intensive diplomatische Tätigkeit erheblich beigetragen hatte, gelang, nämlich den Krieg zu vermeiden und das Sudetenland zu erwerben, ließ sich 1939 nicht wiederholen. »Großdeutschland und kein Krieg« war Ausdruck des Wunschdenkens, denn Hitler wollte den Konflikt. W. dagegen hatte noch die Illusion, auf Hitler mäßigend einwirken zu können, und sah vor allem in Ribbentrop den »Kriegstreiber«. In seinem außenpolitischen Konzept zur Verhinderung des Krieges durch Mäßigung oder Einschüchterung Hitlers setzte er neben Italien vor allem auf Großbritannien. Anders ausgedrückt, versuchte er von sich aus, der britischen Appeasementpolitik zum Erfolg zu verhelfen, indem er mit Botschafter Henderson eng kooperierte. Bis zum 30. August 1939 hielt er die Politik Hitlers für einen »hochgespannten Bluff«. Dies steht im Widerspruch zu seiner eigenen Erkenntnis ein knappes Jahr zuvor, als er nach Abschluß der Sudetenkrise feststellen mußte, daß Hitler damals nicht bluffte, sondern voll auf den Krieg lossteuerte. Obwohl er vielfältige Kontakte zu Verschwörerkreisen hielt und junge Oppositionelle im Auswärtigen Amt, die eine Art Widerstandskreis bildeten, förderte, ist er nicht als Mann des Widerstandes im engeren Sinne anzusprechen. Er blieb – hierin anderen Konservativen gleich – aus Pflichtbewußtsein in seiner dienstlichen Stellung, um, wie er hoffte, Schlimmeres zu verhüten. Über den verbrecherischen Charakter der NS-Herrschaft hatte er sicher seit Ausbruch des Krieges keine Illusionen mehr und förderte durch Informationen die Kreise des Widerstandes. Dennoch hoffte er – eigentlich wider alle Einsicht – auf ein für Deutschland irgendwie glimpfliches Ende des Krieges.

Mit dem Erscheinen des Bandes, der die Jahre 1900–1932 umfaßt, wird das Bild der Persönlichkeit deutlicher. E. v. W. läßt sich schwer in ein Schema pressen. Es wäre falsch, ihn als typischen Vertreter der Führungsschicht des Wilhelminischen Deutschlands anzusprechen, der dann folgerichtig im »Dritten Reich« seine Karriere fortgesetzt hätte. Er entstammte einer

schwäbischen Beamten- und Gelehrtenfamilie; sein Vater war von 1906–1918 württembergischer Ministerpräsident, er wurde erst 1916 geadelt. W. schlug 1900 die Marinelaufbahn ein, ohne sich mit dem aggressiven Nationalismus der Flottenideologie zu identifizieren. Stattdessen entwickelte er – sicherlich beraten und unterstützt von seinem Vater – strategischen Weitblick in der Karriereplanung. Er war auf einflußreichen Adjutantenposten zu finden und kam 1912 in das Marinekabinett, das, direkt dem Kaiser unterstellt, die Personalfragen der Marine bearbeitete und deshalb großen Einfluß hatte. Der frustrierende Dienst in der Flotte während des Ersten Weltkrieges machte ihn – wiederum ganz untypisch für einen Marineoffizier – zum Kritiker des unbeschränkten U-Bootkrieges, was jedoch die positive Beurteilung seiner Vorgesetzten nicht fühlbar beeinträchtigte; denn im August 1918 kam er als Verbindungsoffizier zur OHL. Hier sind seine Tagebücher von erheblichem Interesse. Sie dokumentieren den Auflösungsprozeß der militärischen Führung, das Versagen Ludendorffs und das Finassieren der Marineleitung, deren Plan des Flottenvorstoßes gegen England dann die Revolution ausgelöst hat.

W. war zutiefst davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg verloren hatte, von Dolchstoß war nie die Rede. Der Marine stand er nun skeptisch gegenüber und konnte am 5. November 1918 die bitteren Worte in sein Tagebuch schreiben: »Diese Marine! Entsprungen dem Weltmachtsdünkel, verdirbt unsere Ausw. Politik 20 Jahre lang, hält ihre Versprechen im Kriege nicht und entfacht nun den Umsturz!« Die Niederlage war für W. kein Anlaß zur Resignation – im Gegenteil, sie trieb ihn zur Aktion und sein Plan stand fest. Ihn zog es nach Berlin: »Der Machtmittelpunkt hat magnetische Wirkung.« Bei der Verwirklichung dieses Vorhabens konnte ihn auch die Antipathie gegen Preußen und Ostelbien nicht bremsen. Die kritische Haltung gegenüber den nordostdeutschen Landsleuten saß bei Kriegsende bei W. tief, offensichtlich als Folge der politischen Borniertheit des preußischen Militärs, die er während des Krieges bis zum Überdruß kennengelernt hatte. Einmal behauptete er, »daß die Preußen nichts dazugelernt haben und nie etwas lernen werden«. Noch bitterer ist seine Reaktion auf den nach dem Ostpreußen Kapp benannten Putsch: »Beinahe kann ich sie (die Ostelbien H. K.) schon nicht mehr hassen, sondern nur noch sagen, Herr vergib ihnen.« Trotz dieser Invektiven bei gleichzeitigem Renommieren mit der Tüchtigkeit der Württemberger stand der Reichsgedanke bei ihm jedoch klar im Vordergrund.

Über die Bearbeitung von Marinefragen im Rahmen der deutschen Vorbereitung für den Friedensvertrag gelang es ihm, in den auswärtigen Dienst zu kommen. Den Haag, Basel und Kopenhagen waren die Auslandstationen, bis er 1927 als Leiter des Abrüstungsreferats in die Wilhelmstraße zurückkehrte.

Seine politische Einstellung zur Republik von Weimar war in den ersten Jahren reserviert bis ablehnend. Wie stark sein Ressentiment gegenüber dieser schwachen parlamentarischen Demokratie war, die in der Tat viele Angriffsflächen bot, zeigt seine Einschätzung des »Völkischen Beobachters« vom Oktober 1923. Damals fand er dieses Radaublatt zwar »außenpolitisch gefährlich, aber eine Erlösung ist es doch, so wacker schimpfen zu hören«. Seine außenpolitische Einschätzung war proenglisch und gegen Frankreich gerichtet. Er setzte seine Hoffnung darauf, daß England sich von Frankreich trennen und dann mit Deutschland enger zusammengehen könnte. Frankreich war für ihn die Macht, die den Status quo der Ordnung von Versailles unbedingt aufrechterhalten wollte, während es für ihn gerade darum ging, diesen Status zugunsten Deutschlands zu verändern. Seit 1927 hatte er durch die Leitung des Abrüstungsreferats, zu dem dann noch das Völkerbundsreferat kam, ständig auf der Genfer Bühne zu tun. Das dortige Getriebe, die Aktivitäten der französischen Diplomatie und der Presserummel, den Stresemann so meisterhaft benutzen konnte, widerstanden ihm sehr. So war auch sein Verhältnis zu Stresemann durchaus kritisch, und er war geneigt, eher die Mißerfolge als die Erfolge seinem Minister in Anrechnung zu bringen. Trotz seiner Reserven spürt man jedoch eine gewisse Hochachtung gegenüber Stresemann, der sich mit den Gegebenheiten des Völkerbundes nicht nur abzufinden, sondern sie zu nutzen verstand, während W. der

Völkerbund und die bei diesem festzustellende Diskrepanz zwischen den idealen Zielsetzungen und den handfesten machtpolitischen Interessen, vor allem der Führungsmacht Frankreichs, herzlich zuwider war. Die deutsche Rechte verachtete W. und wählte 1924 und 1928 Stresemanns Deutsche Volkspartei.

Die Krise des politischen Systems in Deutschland 1929, die ihren Ausgangspunkt bei den Verhandlungen über den Young-Plan nahm, findet auch in differenzierter Form bei W. ihren Niederschlag. Seine Skepsis gegenüber der neuen Reparationsregelung konnte er nicht verbergen und schrieb schon im Mai 1929: »Wie man auch nur ein Viertel von dem zahlen und transferieren kann, – sobald die Amerikaner uns nichts mehr pumpen, d. h. auf unser Konto von ihrer linken in ihre rechte Hosentasche zahlen – verstehe ich nicht.«

Der Tod Stresemanns und die Durchsetzung der neuen, vom Reichspräsidenten und der Reichswehr gestützten »staatskonservativen Lösung« unter Brüning im Frühjahr 1930 stellt in der deutschen Diplomatie eine tiefe Zäsur dar. Der neue Staatssekretär v. Bülow, wie W. ursprünglich Berufsoffizier und erst nach dem Krieg in den diplomatischen Dienst eingetreten, war wesentlich konservativer als sein Vorgänger v. Schubert. Mit ihm rückte W., der nicht nur den gleichen Werdegang, sondern auch weitgehend die gleichen politischen Anschauungen hatte, einen großen Schritt nach vorn. Seine Affekte gegen Genf und Frankreich verstärkten sich im Verlauf der 1932 wiederbelebten Abrüstungskonferenz, bei der es nicht um Abrüstung ging, sondern für Deutschland um die »paritätische Sicherheit«, d. h. die Genehmigung bestimmter Aufrüstungsmaßnahmen. Dieses Spiel mit verdeckten Karten, und die ständige Rücksichtnahme der verhandelnden Minister auf die öffentliche Meinung zu Hause, die die Politik des Völkerbundes und die Abrüstungskonferenz im besonderen kennzeichnete, bewirkte bei W. eine Einstellung, die Peter Krüger in Bezug auf Bülow treffend die »Reaktion eines unter der harten Oberfläche betroffenen und enttäuschten Idealisten« genannt hat. Im April 1932 notierte W. in Genf, es gebe »keine größere Impotenz als Regierungen, die von der öffentlichen Meinung leben«, und kommt zu der Schlußfolgerung, »die Demokratie ist der Krebschaden«. Dieses bittere Wort hat jedoch nichts mit Sympathie gegenüber den immer stärker werdenden Nationalsozialisten zu tun, sondern kennzeichnet die Überzeugung eines Diplomaten, der sich mit den Schwierigkeiten und Handicaps einer demokratischen Außenpolitik noch nicht abfinden konnte.

Die Bewegung Hitlers bezeichnete er verächtlich nur als »Nazisten«. Im Dezember 1932 benutzte er den »Völkischen Beobachter« nicht einmal als Reiselektüre, »es lohnt nicht mehr recht«. Aber die Vorstellung, daß eine Versöhnung der großen, das deutsche Volk zerreißenden Gegensätze möglich sein müßte, ist auch bei ihm vorhanden: »Der Westfälische Frieden hat Deutschland territorial zersplittert, der Versailler national u. sozial. Der Nationalsozialismus ist also doch der richtige Name und Gedanke für eine Einheitsbewegung. Nur ist das nicht auf dem Parteiweg zu machen, sondern ist darüber zu stellen, Ethos, nicht Pathos«.

Diese Beurteilung bietet den Schlüssel zur Einstellung zu Hitler und zum »Dritten Reich« für die Folgezeit. Von seinem Gesandtenposten in Oslo im Juni 1933 nach Berlin zurückgerufen, um vertretungsweise die Personalabteilung des AA zu leiten, half er mit, die Selbständigkeit des Amtes gegenüber den Gleichschaltungsbestrebungen der Partei zu sichern. Die nationalsozialistische Machtergreifung hatte für W. keineswegs nur negative Züge, denn im Juli 1933 glaubte er, daß die Revolution schon abgeschlossen sei. Vor allem der neue Reichskanzler imponierte ihm: »Hitler sehr ernst und fest in sich gekehrt, überragt die anderen ohne Frage weit. Es ist etwas wie eine metaphysische Einstellung an ihm, die ihm den Vorsprung wahr.« Zwischen 1936 und 1938 leitete er die Politische Abteilung, die an Kompetenzen erheblich gewonnen hatte gegenüber der Reform Schülers zu Beginn der Weimarer Republik. Es lag daher nahe, daß er bei dem großen Revirement von 1938, dem der Außenminister von Neurath zum Opfer fiel, den Posten des Staatssekretärs erhielt.

In einer Aufzeichnung vom Juli 1936 hatte er für sich das Verbleiben im AA unter bestimmten Bedingungen noch als sinnvoll angesehen, nämlich »solange angenommen werden kann, daß 1.

zum nationalen Gedanken im III. Reich sich noch ein allgemeines religiöses und kulturelles Ethos gesellen, 2. das Reich – im nationalen und internationalen Rahmen – eine rechtlich begründete Friedensordnung anstreben und 3. der im auswärtigen Dienst Befindliche den Weg zu 1) und 2) ebnen helfen kann. « Mit Ausbruch des Krieges war mit letzter Deutlichkeit klar geworden, daß diese Bedingungen gegenstandslos geworden waren, doch nun ergab sich für ihn die Pflicht des Weiterdienens. Man wird ihm nicht unterstellen können, daß er an seinem Posten »geklebt« habe. Dennoch ist ein gewisses Defizit an politischer Sensibilität nicht zu übersehen. Die Politik Hitlers zwar mißbilligend, spielt er dennoch während des Krieges Modelle diplomatischer Lösungen durch, als doch nur noch die militärischen Leistungen zählten. Auch zeigte er wenig Gespür für die fatale Entwicklung des Rußlandfeldzuges.

1943 wurde er von seinem Amt entbunden und als Botschafter zum Vatikan entsandt. Die Briefe W.s aus Rom sind eine faszinierende Lektüre und enthalten eine Fülle von interessanten Aspekten über das Leben dort in den letzten Kriegsjahren, über die Bedrohung Roms als offener Stadt durch die kriegführenden Mächte, über die Pressionen, die auf den Vatikan von verschiedenen Seiten ausgeübt wurden und nicht zuletzt über die politische Einstellung des Papstes, insbesondere seines Antikommunismus.

Den letzten Teil der Papiere bilden die Briefe aus dem Gefängnis. Bei diesen imponiert die Gelassenheit und die Souveränität, mit der sich W. in sein Schicksal fand, denn das Verfahren, das auf Betreiben des ebenso geltungssüchtigen wie juristisch skrupellosen US-Anklägers Robert W. Kempner zurückging, stand auf mehr als wackeligen Füßen und hätte unter rechtsstaatlichen Bedingungen nie zu einer Verurteilung geführt. Das wichtigste Belastungsdokument war ein Schriftstück, das wohl nur aus den ständigen Kompetenzkämpfen der NS-Bürokratie zu verstehen ist. Es handelt sich um die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz aus dem Jahre 1942, also einer Angelegenheit der Gestapo und allenfalls der Wehrmacht, bei der das AA nur der Form halber informiert wurde. Deshalb trug es auch die Paraphe W.s., woraus die Anklage die Schuld des mit der Angelegenheit tatsächlich nicht befaßten Staatssekretärs ableitete. Natürlich kann man W. wie vielen anderen in Deutschland verbliebenen Beamten, Offizieren, Wirtschaftsführern etc. vorwerfen, daß sie sich allein durch ihr Bleiben schon schuldig gemacht hätten. Dies ist der allgemeine Aspekt, der im Grunde unstrittig ist. Das Fehlurteil jedoch, das gegen W. gefällt wurde, erscheint auch im Rückblick vor allem deshalb als ärgerlich, da derartige, von bestimmter amerikanischer Seite ausgegangene Aktivitäten mit so fragwürdigem Ergebnis erheblich dazu beigetragen haben, die Verfolgung von wirklichen NS-Verbrechern zu verhindern. Darüber hinaus hatte die Verurteilung W.s noch eine überraschende Konsequenz. Die Himmeroder Denkschrift, das Ur-Dokument der Bundeswehr vom Oktober 1950, die das Ergebnis einer von Adenauer einberufenen Geheimtagung ehemaliger Generäle darstellte, trägt keine Paraphe des Kanzlers. Da die Beschäftigung mit Fragen der Wiederbewaffnung nach dem Besatzungsrecht ein schweres Verbrechen darstellte, zeichnete man ein so brisantes Schriftstück nicht ab, um im Falle eines erneuten Regimewechsels wegen »Conspiracy« nicht das gleiche Schicksal wie W. zu erleiden.

Henning KÖHLER, Berlin

Gerhard SCHREIBER, *Hitler-Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1984, XII–393 p.

Admirons l'audace d'un auteur qui rédige un »état de la question«, comme on dit en France, un »rapport de recherche« selon le terme allemand, sur cet inépuisable sujet qu'est le national-socialisme. En dépit des apparences G. Schreiber ne s'est pas facilité la tâche en mettant dans le titre le seul nom d'Hitler, car, reconnaissant que l'interprétation du nazisme par la seule personnalité du Führer est très discutabile, il n'accorde aux études biographiques qu'une place